Landeshauptstadt Hannover -18.63.07.BRB - Datum 29.12.2023

PROTOKOLL

16. Sitzung des Stadtbezirksrates Südstadt-Bult
am Mittwoch, 20. Dezember 2023,
Veranstaltungszentrum BÖ8, Böhmerstraße 8 b, 30173 Hannover

Beginn	18.30 Uhr
Ende	21.10 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Bezirksbürgermeister Meese	(Bündnis 90/Die Grünen)
Stellv. Bezirksbürgermeister Pollähne	(SPD)
Bezirksratsfrau Adolph	(SPD)
Bezirksratsfrau Bek	(Bündnis 90/Die Grünen)
Bezirksratsherr Bloch	(FDP)
(Bezirksratsfrau Bokah Tamejani)	(DIE LINKE./DIE PARTEI)
(Bezirksratsfrau Büsel)	(SPD)
Bezirksratsfrau Graue	(SPD)
Bezirksratsfrau Hintz-Oppelt	(Bündnis 90/Die Grünen)
Bezirksratsfrau Hüsemann	(SPD)
Bezirksratsherr Kluck	(Bündnis 90/Die Grünen)
Bezirksratsherr Meissner	(CDU)
Bezirksratsfrau Müller	(DIE LINKE./DIE PARTEI)
Bezirksratsherr Osterburg	(CDU)
Bezirksratsfrau Pohl	(Bündnis 90/Die Grünen)
Bezirksratsherr Scholz	(CDU)
Bezirksratsherr Siekermann	(FDP)
Bezirksratsherr Taplick	(SPD)
(Bezirksratsfrau Wiesehahn)	(Bündnis 90/Die Grünen)
Bezirksratsherr Dr. Wulf	(Bündnis 90/Die Grünen)
(Bezirksratsherr Zissel)	(CDU)

Beratende Mitglieder:

(Ratsherr Allerheiligen)	(Bündnis 90/Die Grünen + Volt + Piratenpartei)	
Ratsfrau Dr. Carl	(SPD)	bis 20:16 Uhr
(Ratsherr Engelke)	(FDP)	
(Bürgermeister Hermann)	(SPD)	
Ratsfrau Kahmann	(CDU)	
(Ratsfrau Dr. Vögtle)	(Bündnis 90/Die Grünen + Volt + Piratenpartei)	
(Ratsherr Zingler)	(DIE LINKE.)	

Verwaltung:
Frau Groenigk
Herr Graen
Herr Selig

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Feststellung des Sitzverlustes von Bezirksratsfrau Ronja Beszon (Drucks. Nr. 15-2572/2023)

3. Verpflichtung eines Bezirksratsmitgliedes und eines Beratenden Mitgliedes

4. Einwohner*innenfragestunde

5. A N F R A G E N

5.1. Unfälle mit Fahrradfahrenden in Fahrradstraßen im Stadtbezirk Südstadt-Bult (Drucks. Nr. 15-2471/2023)

5.2. Anwohner*innenparken in der Geibelstraße (Drucks. Nr. 15-2557/2023)

5.3. Baumschutzmaßnahmen Große Düwelstraße/Kleine Düwelstraße (Drucks. Nr. 15-2558/2023)

6. A N H Ö R U N G E N

6.1. Maßnahme WIR 2.0 - Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte (Drucks. Nr. 1839/2023 mit 1 Anlage)

7. B E R I C H T E

7.1. Bericht des Stadtbezirksmanagements

7.2. Bericht aus dem Integrationsbeirat

7.3. Informationen über Bauvorhaben

8. A N T R Ä G E

8.1. aus vorhergehenden Sitzungen

8.1.1. Bürgerbeteiligung und Einbindung des Bezirksrates in die Entscheidung über die Umgestaltung der Fahrradstraßen gemäß (Drucksache 1415/2023) im Stadtbezirk Südstadt-Bult (Drucks. Nr. 15-1532/2023)

8.1.2. Abschaffung Fahrradstraße Brehmstraße - Menschingstraße (Drucks. Nr. 15-2252/2023)

8.1.2.1. Änderungsantrag gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die Sitzung des Bezirksrates Südstadt-Bult am 20.12.2023 zum Antrag Nr. 15-2252/2023: Abschaffung Fahrradstraße

Brehmstraße - Menschingstraße: Überpüfung der Maßnahmen in der Brehmstraße
(Drucks. Nr. 15-2634/2023)

8.1.3. Abschaffung Fahrradstraßen in der Anwohner*innenparkzone
(Drucks. Nr. 15-2253/2023)

8.1.3.1. Änderungsantrag gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die Sitzung des Bezirksrates Südstadt-Bult am 20.12.2023 zum Antrag „Abschaffung Fahrradstraßen in der Anwohner*innenparkzone“ (Drucks. Nr. 15-2253/2023): Überpüfung der Maßnahmen im Maschseeviertel
(Drucks. Nr. 15-2631/2023)

8.1.4. Herstellung der Schulwegsicherheit an der Kreuzung Wedemeyerstraße/Siemensstraße
(Drucks. Nr. 15-2276/2023)

8.2. Gemeinsam von Bündnis90/Die Grünen, SPD, CDU und FDP

8.2.1. Aufnahme in das Programm ökologische Spielplatzsanierung
(Drucks. Nr. 15-2568/2023)

8.3. der CDU-Fraktion

8.3.1. Innovative Mülleimer für den Stephansplatz
(Drucks. Nr. 15-2474/2023)

8.3.2. Mehr Verkehrssicherheit durch Parksensoren
(Drucks. Nr. 15-2475/2023)

8.3.3. Mehr Verkehrssicherheit in der Geibelstraße
(Drucks. Nr. 15-2596/2023)

9. EIGENE MITTEL des Integrationsbeirates

9.1. Zuwendung auf Vorschlag des Integrationsbeirates Südstadt-Bult
(Drucks. Nr. 15-2569/2023)

10. EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates

10.1. Zuwendungen aus den eigenen Mitteln des Stadtbezirksrats Südstadt-Bult
(Drucks. Nr. 15-2567/2023)

10.2. Zuwendungen aus eigenen Mitteln des Stadtbezirksrates Südstadt-Bult
(Drucks. Nr. 15-2570/2023)

II. N I C H T Ö F F E N T L I C H E R T E I L

11. Informationen über Bauvorhaben

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
Bezirksbürgermeister Meese eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.
Es wurden folgende Veränderungen zur Tagesordnung festgelegt:

- TOPs 7.1. und 7.3. wurden abgesetzt
- Es lagen 2 Änderungsanträge vor (TOP 8.1.2.1. und TOP 8.1.3.1.)
- Für die TOPs 8.1.2. und 8.1.3. wurde namentliche Abstimmung beantragt.
- Ein Dringlichkeitsantrag bekam nur 11 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen für die Dringlichkeit und kommt damit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die vorliegende Tagesordnung wurde **einstimmig** bestätigt.

TOP 2.
Feststellung des Sitzverlustes von Bezirksratsfrau Ronja Beszon
(Drucks. Nr. 15-2572/2023)

Antrag,

gem. § 52 Abs. 2 in Verbindung mit § 91 Abs. 4 S. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) festzustellen, dass bei **Frau Ronja Beszon** die Voraussetzungen nach § 52 Abs.1 Ziff. 1 NKomVG für den Verlust des Sitzes im Stadtbezirksrat Südstadt-Bult vorliegen.

Einstimmig

TOP 3.
Verpflichtung eines Bezirksratsmitgliedes und eines Beratenden Mitgliedes
Frau Leonie Müller wurde als stimmberechtigtes Mitglied und Frau Sabrina Kahmann als beratendes Mitglied verpflichtet.

TOP 4.
Einwohner*innenfragestunde
Es wurden Themen durch die Einwohner*innen angesprochen und Fragen durch Politik bzw. Verwaltung wie folgt beantwortet:

- ***Protokollantwort:***
  aus den Kfz-Daten ist es nur im Einzelfall (über direkte Kennzeichenabfrage) möglich einen Rückschluss auf das Alter einer Person (Halter*in) zu ziehen. Eine allgemeine Auswertung ist nicht möglich. Stadtteile werden nicht erfasst, so dass auch hierzu keine Auswertung durchgeführt werden kann.
- Die **SPD-Fraktion** als Antragsteller zur Abschaffung der Fahrradstraßen führte aus, dass sie gemeinsam mit den Anwohner*innen, Nutzer*innen und der Verwaltung eine Planung über Fahrradstraßen, die auch wirklich welche sind, angehen will.
- Die Spielräume der Verwaltung beim Umbau der Fahrradstraßen sind nach dem Gerichtsurteil so gut wie nicht vorhanden, trotzdem möchte sie schauen, ob bestimmte Dinge noch abgemildert werden können (z.B. Wegfall von weniger Parkplätzen).
  Die **CDU-Fraktion** ergänzte, dass die Verwaltung dies ja von Anfang an hätte tun können.

- Die Umgestaltung der Fahrradstraßen im Stadtbezirk Südstadt-Bult soll im Jahr 2024 beginnen und nach und nach umgesetzt werden.

- Durchgeführt

- **TOP 5.**
- **A N F R A G E N**

- **TOP 5.1.**
- **Unfälle mit Fahrradfahrenden in Fahrradstraßen im Stadtbezirk Südstadt-Bult**
- **(Drucks. Nr. 15-2471/2023)**

Um eine Sachaufklärung in der Diskussion um die aktuellen Fahrradstraßen zu bekommen, fragen wir die Verwaltung:

1. Wie viele Unfälle mit Fahrradfahrenden gab es in den einzelnen Fahrradstraßen im Stadtbezirk in den letzten fünf Jahren. Bitte tabellarische Darstellung, Untergliederung nach Unfallart und inkl. Selbstunfällen

2. Beantwortet

Die Anfrage wird zuständigkeitshalber von der Polizeiinspektion Hannover beantwortet:

Stadtbezirk Südstadt /Bult

Unfälle (VU) mit Radfahrenden in Fahrradstraßen seit 01.01.2018

Fahrradstraße	Anzahl VU	davon Alleinunfälle	Häufigste Unfallursachen	Auffälligkeiten	Hauptverurs. RF
Menschingstraße	3	1	521,732, 244,	keine	2
Brehmstraße	5	0	2x371, 2x 581, 321	2x Dooringunfälle	3
Stolzestraße	13	2	8x3XX	Kreuzung Sallstraße	8
Große Barlinge	9	2	3X5XX,	keine	5
Umfahrung Strandbad	11	1	6x3XX	südlicher Beginn/Ende	3
Alte Döhrener Straße	21	2	5x2XX	Knoten Siemensstraße und Geibelstraße	10
Meterstraße	4	1	keine	keine	3
Maschstraße	6	0	keine	1x Dooringunfall	4
Akazienstraße	1	0	keine	keine	0
Bürgermeister-Fink-Straße	6	1	3x 3XX	keine	6
Kortumstraße	1	0	keine	keine	0

21X,22X: Linksabbieger; 244: Rechtsabbieger; 3XX: Einbiegen/Kreuzen; 50X, 52X: Unfälle mit ruhendem Verkehr; 581/582: Dooringunfälle; 7xx: Sonstiger Unfall

TOP 5.2.
Anwohner*innenparken in der Geibelstraße
(Drucks. Nr. 15-2557/2023)

Die zum 5. Juni 2023 im Bereich zwischen Aegidientorplatz und Geibelstraße sowie Hildesheimer Straße und Rudolf-von-Bennigsen-Ufer eingerichtete Anwohner*innenparkzone in der Südstadt hat ihren südlichen Grenzverlauf in der Mitte der Geibelstraße. Dies hat zur Folge, dass die Bewohner*innen der nördliche Geibelstraße mit Zugang zu Parkscheinregelung beide Seiten frei nutzen können, die der südlichen jedoch auf nur eine Straßenseite festgelegt sind, was eine Benachteiligung letzterer bedeutet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

3. Wann ist die Ausweitung der Anwohner*innenparkzone auf den Bereich südliche Geibelstraße bis nördlicher Altenbekener Damm geplant?
4. Durch welche Maßnahmen kann das Verfahren ggf. beschleunigt werden?

5. Beantwortet

zu 1.) Hierzu kann derzeit keine belastbare Zeitaussage seitens der Verwaltung getätigt werden, da die zuständige Stelle seit 2,5 Jahren unbesetzt ist und nur bedingt durch das vorhandene Personal mitvertreten werden kann. Darüber hinaus ist die Datenerhebung in dem genannten Bereich durch das Büro noch nachzubessern. Konzepte liegen noch nicht vor.

Zu 2.) Keine.

Protokollantwort:
Die Stelle ist seit 01.02.2024 wiederbesetzt.
Es können jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verlässlichen Angaben gemacht werden, da der Mitarbeiter eine Einarbeitung benötigt und die Thematik Bewohner*innenparken/Parkplatzbewirtschaftung für das gesamte Stadtgebiet zu betreuen hat. Aufgrund der Vielzahl der in der Vergangenheit zurückgestellten Projekte (in verschiedenen Stadien befindlich) kann hier derzeit keine zuverlässige Prognose für die Geibelstraße abgegeben werden.

TOP 5.3.
Baumschutzmaßnahmen Große Düwelstraße/Kleine Düwelstraße
(Drucks. Nr. 15-2558/2023)

Im Bereich der Kreuzung Große Düwelstraße und Kleine Düwelstraße werden an den beiden kleineren Bäumen regelmäßig Fahrräder mit Faltschlössern aus Metall angeschlossen, wodurch die Bäume beschädigt werden (siehe Foto). Die größeren Bäume werden mit Metallbügeln geschützt. Entlang der Großen Düwelstraße gibt es bereits einige Fahrradbügel, die offensichtlich nicht ausreichend sind.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

6. Können auch die kleineren Bäume mit Metallbügeln vor Vandalismus geschützt werden?
7. Können in diesem Bereich weitere Fahrradbügel aufgestellt werden?
8. Sind Bußgelder oder andere Ordnungsmaßnahmen (Entfernung des Fahrrades) möglich?

9. Beantwortet

Zu 1. Derzeit sind keine Schutzbügel, wie an den Bäumen Nr. 32 und 34 verwendet, vorrätig. Es werden aber an Altbäumen Schutzbügel abgebaut, die aufgrund der Stammstärke nicht mehr notwendig sind. Diese können dann umgehend an den

Jungbäumen 31 und 34 montiert werden. Dies kann aber frühestens Ende des ersten Quartals 2024 umgesetzt werden.

Zu 2. Die Verwaltung plant, zusätzliche Fahrradbügel im Bereich Große Düwelstraße/Kleine Düwelstraße einzubauen. Eine Umsetzung der Maßnahme kann aufgrund fehlender personeller Ressourcen erst für das erste Halbjahr 2024 zugesagt werden.

Zu 3. Für das Abräumen von Fahrrädern ist eine Behinderung oder Gefährdung für den Verkehr erforderlich, dies ist bei dem abgebildeten Fahrrad nicht der Fall. Ebenfalls ist keine Situation erkennbar, die ein Eingreifen der Verwaltung aufgrund einer konkreten Gefahrenlage gem. Niedersächsischem Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) rechtfertigt. Das Entfernen dieses Fahrrades, welches offensichtlich kein Schrottrad ist, wäre somit unverhältnismäßig und würde die Rechte der Eigentümer*innen verletzen.
Es wären nur ordnungsdienstliche Maßnahmen möglich, wenn es am Baum zu tatsächlichen Schäden (Baumschutzsatzung §3 (2) i).) durch das Anschließen eines Fahrrades kommt UND die belegbaren Eigentümer*innen des Fahrrades namentlich bekannt sind.
Durch das Abstellen und Anschließen eines Fahrrades treten in der Regel keine Schäden am Baum auf.

TOP 6.
A N H Ö R U N G E N

TOP 6.1.
Maßnahme WIR 2.0 - Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte
(Drucks. Nr. 1839/2023 mit 1 Anlage)

Bezirksratsherr Taplick kritisierte, dass die Integrationsbeiräte nicht noch einmal die Endfassung zur Beratung vorgelegt bekommen haben. Auf die Nachfrage des Vorsitzenden des Integrationsbeirates erwiderte **Herr Selig**:

- Nach Abfrage der Fraktionsvorsitzenden im Interkreis wurde keine Notwendigkeit gesehen, dass die Fachverwaltung in die Sitzung kommt um die Drucksache vorzustellen.
- Die Drucksache habe einen langen Vorlauf mit längeren Diskussionen in einem Beirat, wo Mitglieder aller Integrationsbeiräte vertreten waren und es gab Zeit in den Integrationsbeiräten darüber zu diskutieren.

Bezirksratsfrau Hintz-Oppelt bestätigte das umfangreiche Beteiligungsformat im Vorfeld und dass Bezirksratsherr Taplick daran auch beteiligt war.

Protokollantwort:
Die Verwaltung sagte im Anschluss an die Sitzung zu, in der Sitzung des Integrationsbeirates am 31.01.2024 die Drucksache noch einmal vorzustellen.

Antrag

Der Rat möge beschließen, dass folgende Änderungen in der bestehenden Arbeitsweise der Integrationsbeiräte vorgenommen werden:

1. Besetzung und Vorsitz

Der nötige Stadtbezirksbezug als Voraussetzung einer Mitgliedschaft soll erweitert werden. Wie dieser konkret im Stadtbezirk oder im Einzelfall dargelegt werden muss, entscheidet der Stadtbezirksrat. Ein Stadtbezirksbezug kann wie bisher über den Wohn- oder Arbeitsort bestehen, aber auch über eine besondere Verbundenheit z.B. durch Tätigkeit in einem Verein oder den früheren Wohnort verstanden werden.

Der Vorsitz eines Integrationsbeirates und dessen Stellvertretung kann durch jedes Mitglied des jeweiligen Integrationsbeirates übernommen werden. Die Wahl erfolgt aus der Mitte des betreffenden Integrationsbeirates.

Jeder Integrationsbeirat erhält eine Geschäftsordnung, die als Entwurf durch die Verwaltung erarbeitet und vorgelegt wird. Anpassungen können jederzeit innerhalb der Stadtbezirke vorgenommen werden.
Um Mitglied eines Integrationsbeirates zu werden, kann der Stadtbezirksrat die persönliche Motivation der Personen erfragen.
Die Mitgliedschaft in einem Integrationsbeirat ist auf maximal 5 Jahre begrenzt; Verlängerungen sind möglich.

2. Inhaltliche Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte
Es wird ein Mentor*innenprogramm aufgelegt, durch das bereits erfahrene Mitglieder der Integrationsbeiräte neue Mitglieder unterstützen.
Die Integrationsbeiräte können auf eigenen Wunsch eine stadtbezirksorientierte Zielentwicklung beginnen und werden darin bei Bedarf durch die Bereiche Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten (OE 18.6) und Einwanderungsstadt Hannover (OE 56.1) unterstützt.
Alle Integrationsbeiräte legen dem jeweiligen Stadtbezirksrat formlos zu Beginn des Folgejahres einen kurzen Jahresbericht als Zusammenfassung der Zielerreichung vor. Über den Umfang und die Form entscheiden die Integrationsbeiräte selbst.
Das Fortbildungsangebot für Integrationsbeiratsmitglieder wird ausgeweitet, u.a. zur Vorbereitung der Mitglieder auf ihre Gremientätigkeit.

3. Öffentlichkeitsarbeit
Alle Termine der Integrationsbeiräte werden im Sitzungsmanagement der LHH eingestellt und veröffentlicht.
Die Integrationsbeiräte werden bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.
Die Integrationsbeiräte werden bei der Vernetzung mit stadtweiten Strukturen (u.a. durch die beratenden Mitglieder des Internationalen Ausschusses) unterstützt.
Aus der Mitte der Integrationsbeiratsvorsitzenden wird ein Mitglied als Vertretung im WIR 2.0-Kuratorium bestimmt.
Als Zeichen der Wertschätzung erhalten alle ehrenamtlichen Mitglieder der Integrationsbeiräte ein Zertifikat über ihr Engagement, das durch ein Mitglied des Rates oder die Verwaltungsspitze übergeben wird.

4. Sitzungsgeld und Fahrtkosten
Alle Mitglieder der Integrationsbeiräte, die nicht Mitglied eines durch das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) legitimierten städtischen Gremiums sind, erhalten für die Sitzungsteilnahme eine Aufwandsentschädigung in Form eines Sitzungsgeldes und eine Fahrtkostenpauschale. Die Entschädigung erfolgt nach der jeweils gültigen Entschädigungssatzung der Landeshauptstadt Hannover für die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder. Dabei ist die Anzahl der Sitzungen nicht begrenzt.

5. Namensgebung
Um einen neuen Namen zu entwickeln, organisieren die Bereiche Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten (OE 18.6) und Einwanderungsstadt Hannover (OE 56.1) eine

Umfrage in den Stadtbezirken. Möglich ist auch, dass die Bezeichnung „Integrationsbeiräte“ durch das Abstimmungsverfahren bestätigt wird.

6. Mittelverteilung
Der Haushaltsbegleitantrag H-0326/2021 wird zum 1.1.2025 umgesetzt.

7. Verwaltungsseitige Zuständigkeit
Die Unterstützung der Integrationsbeiräte bei administrativen Aufgaben (Zuwendungen, Erstellung von Drucksachen bei Neu- und Nachbesetzungen, Raumbuchungen, etc.) werden durch den Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten (OE 18.6) umgesetzt. Die fachliche Zuständigkeit liegt beim Bereich Einwanderungsstadt Hannover (OE 56.1).

12 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 5 Enthaltungen

TOP 7.
B E R I C H T E

TOP 7.1.
Bericht des Stadtbezirksmanagements
Abgesetzt

TOP 7.2.
Bericht aus dem Integrationsbeirat
Bezirksratsherr Taplick berichtete aus der letzten Sitzung des Integrationsbeirates, wo vor allem der Krieg in Israel und dem Gaza-Streifen eine Rolle spielten. Er betonte, dass man Angebote schaffen müsse, wo Menschen und vor allem Kinder darüber sprechen könnten. Des weiteren berichtete er von der Schaffung eines neuen Logos für den Integrationsbeirat und der Vorbereitung eines neuen Flyers.
Auch dieses Jahr solle es wieder eine finanzielle Unterstützung für die Flüchtlingswohnheime geben, um die Anschaffung von Weihnachtsgeschenken für die Kinder zu ermöglichen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 7.3.
Informationen über Bauvorhaben
Abgesetzt

TOP 8.
A N T R Ä G E

TOP 8.1.
aus vorhergehenden Sitzungen

TOP 8.1.1.
Bürgerbeteiligung und Einbindung des Bezirksrates in die Entscheidung über die Umgestaltung der Fahrradstraßen gemäß (Drucksache 1415/2023) im Stadtbezirk Südstadt-Bult
(Drucks. Nr. 15-1532/2023)

Die **Fraktion Bündnis90/Die Grünen** gab den Antragstellern insofern Recht, dass diese Fahradstraßen den Namen eigentlich nicht verdienen, sie seien gefährlich und unkomfortabel. Auseinander gingen allerdings die Meinungen darüber, wie man dem Gerichtsurteil nachkommen könne. Ein anderes Gerichtsurteil in Berlin habe bekräftigt, dass niemand das Recht habe exklusiv im öffentlichen Straßenraum zu parken. Man habe im Bezirksrat beschlossen und freue sich, dass die Fahrradstraßen eingerichtet wurden und nun so gestaltet werden sollen, dass sie diesen Namen verdienen. Dazu gehörten aber solche Dinge, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, Modalfilter und ausreichende Breite. Man sei froh, dass die Verwaltung ein Entgegenkommen signalisiert habe und echte Fahrradstraßen herstellen will.

Die **CDU-Fraktion** als Antragsteller merkte an, dass dieser Antrag 2x in die Fraktionen gezogen wurde. Man habe versucht mit der Verwaltung ins Gespräch zu kommen, es hieß aber wiederholt, dass die Abwägung sorgfältig erfolgt sei und erst mit dem Antrag der SPD auf Abschaffung der Fahrradstraßen sei Bewegung in die Kommunikation gekommen. Der Fachbereichsleiter Tiefbau hätte die Chance gehabt ein neues Konzept vorlegen können, habe dies aber nicht getan.
Die **FDP-Fraktion** bezeichnete das Gespräch beim Oberbürgermeister als völlig unzureichend und ohne neue Ansätze.

Antrag

Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert die in der Informationsdrucksache 1415/2023 aufgeführten Maßnahmen zum Umbau der bestehenden Fahrradstraßen einstweilen nicht umzusetzen, sondern

1. In geeigneter Form eine Bürgerbeteiligung durchzuführen, bei denen die Bürger, insbesondere die Anlieger und Eigentümer der anliegenden Immobilien der betroffenen Straßen, zu den Vorschlägen der Verwaltung Stellung nehmen können und diese Stellungnahmen dann ergebnisoffen zu prüfen, ob ggf. auch die Abschaffung einer Fahrradstraße sachgerecht und zweckmäßig wäre
2. durch Verkehrszählungen gerichtsfest nachzuweisen, dass die Voraussetzung für die Einrichtung der jeweiligen Fahrradstraßen (also das der Radverkehr die vorherrschende Verkehrsart ist bzw. sein wird) nach wie vor gegeben sind,
3. und gegebenenfalls für jede einzelne Fahrradstraße eine Beschlussdrucksache für den Stadtbezirksrat zu erstellen, in der aufgeführt wird welche baulichen Maßnahmen, wann, geplant sind und wieviel Parkplätze insgesamt durch die Anordnung einer Fahrradstraße nach den Vorstellungen der Verwaltung insgesamt entfallen müssten.

4. 10 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

5. **TOP 8.1.2.**
6. **Abschaffung Fahrradstraße Brehmstraße - Menschingstraße**
7. **(Drucks. Nr. 15-2252/2023)**

Die Antragsteller wollten dem Änderungsantrag nicht folgen.
Es solle vor Ort den Menschen ein höheres Sicherheitsempfinden gegeben werden, die rechtliche Bewertung sei bereits erfolgt.

Namentliche Abstimmung

Name, Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
Adolph, Petra (SPD)	X	-	-
Bek, Asja (B90/Die Grünen)	-	X	-
Bloch, Julius (FDP)	X	-	-
Bokah Tamejani, Parwaneh Tayabeh (Die Linke.)	-	-	-
Büsel, Ayten (SPD)	-	-	-
Graue, Antje (SPD)	X	-	-
Hintz-Oppelt, Hannelore (B90/Die Grünen)	-	X	-
Hüsemann, Naemi (SPD)	X	-	-
Kluck, Oliver (B90/Die Grünen)	-	X	-
Meese, Ekkehard (B90/Die Grünen)	-	X	-
Meissner, Christian (CDU)	X	-	-
Müller, Leonie (Die Partei)	-	X	-
Osterburg, Felix Maximilian (CDU)	X	-	-
Pohl, Lilith (B90/Die Grünen)	-	X	-
Pollähne, Lothar (SPD)	X	-	-
Scholz, Jan Alexander (CDU)	X	-	-
Siekermann, Thomas (FDP)	X	-	-
Taplick, Lukas (SPD)	X	-	-
Wiesehahn, Gesine (B90/Die Grünen)	-	-	-
Dr. Wulf, Tobias (B90/Die Grünen)	-	X	-
Zissel, Tim (CDU)	-	-	-
	10	**7**	**0**

Antrag

Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Fahrradstraße an der Brehmstraße – Menschingstraße wird abgeschafft und zu einer „normalen“ Tempo-30-Straße. Die geplanten Maßnahmen aus dem Verwaltungsgerichtsurteil (siehe Informationsdrucksache1415/2023) werden nicht umgesetzt.

10 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 8.1.2.1.

Änderungsantrag gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die Sitzung des Bezirksrates Südstadt-Bult am 20.12.2023 zum Antrag Nr. 15-2252/2023: Abschaffung Fahrradstraße Brehmstraße - Menschingstraße: Überpüfung der Maßnahmen in der Brehmstraße

(Drucks. Nr. 15-2634/2023)

Antrag

Der Bezirksrat möge den Antrag „Abschaffung Fahrradstraße Brehmstraße – Menschingstraße“ (DS 15-2252/2023) in folgender Fassung beschließen:

Der Antragstext wird ersetzt durch:
Die Verwaltung wird gebeten, die in der Informationsdrucksache 1415/2023 aufgeführten Maßnahmen in der Brehmstraße, die zur Aufrechterhaltung der Fahrradstraße notwendig sind, rechtlich neu zu bewerten und dabei prüfen, wie der Verlust von Kfz-Stellplätzen reduziert werden kann.

7 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 8.1.3.
Abschaffung Fahrradstraßen in der Anwohner*innenparkzone
(Drucks. Nr. 15-2253/2023)

Die Antragsteller betonten nochmals, dass man nicht die Fahrradstraßen abschaffen wolle, sondern in Ruhe alle Argumente mit Verwaltung und Anwohner*innen austauschen und eine für alle gute Lösung erarbeiten wolle.
Auf eine Nachfrage zu Maschstraße und Akazienstraße, die beide in Anwohner*innenparkzonen liegen und Fahrradstraßen sind, aber trotz einer günstigen Quote von beantragten Parkscheinen und vorhandenen Parkplätzen, den Fahrradstraßenstatus verlieren sollen, antworteten die Antragsteller, dass es auch hier durchaus Differenzen zwischen dem Durchschnitt einer Anwohner*innenparkzone und den einzelnen Straßen gebe bei den verfügbaren Parkplätzen.

Namentliche Abstimmung

Name, Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
Adolph, Petra (SPD)	X	-	-
Bek, Asja (B90/Die Grünen)	-	X	-
Bloch, Julius (FDP)	X	-	-
Bokah Tamejani, Parwaneh Tayabeh (Die Linke.)	-	-	-
Büsel, Ayten (SPD)	-	-	-
Graue, Antje (SPD)	X	-	-
Hintz-Oppelt, Hannelore (B90/Die Grünen)	-	X	-
Hüsemann, Naemi (SPD)	X	-	-
Kluck, Oliver (B90/Die Grünen)	-	X	-
Meese, Ekkehard (B90/Die Grünen)	-	X	-
Meissner, Christian (CDU)	X	-	-
Müller, Leonie (Die Partei)	-	X	-
Osterburg, Felix Maximilian (CDU)	X	-	-
Pohl, Lilith (B90/Die Grünen)	-	X	-
Pollähne, Lothar (SPD)	X	-	-
Scholz, Jan Alexander (CDU)	X	-	-
Siekermann, Thomas (FDP)	X	-	-
Taplick, Lukas (SPD)	X	-	-
Wiesehahn, Gesine (B90/Die Grünen)	-	-	-
Dr. Wulf, Tobias (B90/Die Grünen)	-	X	-
Zissel, Tim (CDU)	-	-	-
	10	**7**	**0**

Antrag

Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Fahrradstraßen in der Anwohner*innenparkzone (bis einschließlich Altenbekener Damm) werden abgeschafft und zu „normalen“ Tempo-30-Straßen. Die geplanten Maßnahmen aus dem Verwaltungsgerichtsurteil (siehe Informationsdrucksache 1415/2023) werden nicht umgesetzt bzw. werden bereits umgesetzte Maßnahmen wieder zurückgenommen.

10 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 8.1.3.1.

Änderungsantrag gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die Sitzung des Bezirksrates Südstadt-Bult am 20.12.2023 zum Antrag „Abschaffung Fahrradstraßen in der Anwohner*innenparkzone“ (Drucks. Nr. 15-2253/2023): Überpüfung der Maßnahmen im Maschseeviertel

(Drucks. Nr. 15-2631/2023)

Antrag

Der Bezirksrat möge den Antrag „Abschaffung Fahrradstraßen in der Anwohner*innenparkzone (Drucks. Nr. 15-2253/2023)“ in folgender Fassung beschließen:

Der Antragstext wird ersetzt durch:
Die Verwaltung wird gebeten, die in der Informationsdrucksache 1415/2023 aufgeführten Maßnahmen in der Anwohner*innenparkzone im Maschseeviertel, die zur Aufrechterhaltung der Fahrradstraße notwendig sind, rechtlich neu zu bewerten und dabei prüfen, wie der Verlust von Kfz-Stellplätzen reduziert werden kann.

7 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 8.1.4.
Herstellung der Schulwegsicherheit an der Kreuzung Wedemeyerstraße/Siemensstraße
(Drucks. Nr. 15-2276/2023)

Die Nachfrage, wo die Fahrradbügel installiert werden sollen (auf der Straße oder auf dem Gehweg) beantworteten die Antragsteller so, dass dies die Verwaltung entscheiden soll, sonst hätte man den Antrag konkreter gestellt.

Antrag

Der Bezirksrat möge beschließen: Die Verwaltung wird gebeten, den Kreuzungsbereich Wedemeyerstraße/Siemensstraße durch geeignete Maßnahmen (vorzugsweise Fahrradbügel) gegen Falschparker*innen zu sichern.

14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen

TOP 8.2.

Gemeinsam von Bündnis90/Die Grünen, SPD, CDU und FDP

TOP 8.2.1.
Aufnahme in das Programm ökologische Spielplatzsanierung
(Drucks. Nr. 15-2568/2023)

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten, den Spielplatz an der Hilde-Schneider-Allee in das Programm zur ökologischen Spielplatzsanierung aufzunehmen.

Einstimmig

TOP 8.3.
der CDU-Fraktion

TOP 8.3.1.
Innovative Mülleimer für den Stephansplatz
(Drucks. Nr. 15-2474/2023)

Aus der Fraktion **Bündnis90/Die Grünen** kam die Anmerkung, dass diese Mülleimer sehr teuer seien und man nicht an eine Umsetzung glaube in Zeiten wo die Stadt Geld sparen müsse.

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten eine angemessene Anzahl von sogenannten Solarpressbehältern auf dem Stephansplatz aufzustellen.

Einstimmig

TOP 8.3.2.
Mehr Verkehrssicherheit durch Parksensoren
(Drucks. Nr. 15-2475/2023)

Aus dem Bezirksrat kam der Hinweis, dass eine solche Maßnahme sowohl von den Kosten, als auch rechtlich umsetzbar ist.

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit an Kreuzungen in engen Wohngebieten eine Installation von sogenannten Parksensoren möglich ist, um so das Ordnungsamt in Echtzeit über Falschparker zu informieren. Ein Vorbild kann hier die Stadt Lübeck sein, die bereits mit solchen Parksensoren arbeitet.

16 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 8.3.3.
Mehr Verkehrssicherheit in der Geibelstraße
(Drucks. Nr. 15-2596/2023)

Die **Fraktion Bündnis90/Die Grünen** beantragte getrennte Abstimmung von Punkt 1 und 2+3.
Die Herausnahme einer Straße aus dem Vorbehaltsnetz einer Großstadt könne dazuführen, dass die Verkehrsströme andere angrenzende Straßen über Gebühr beanspruchen.

Die **FDP-Fraktion** bemängelte, dass ihre Nachfrage zu einer Anfrage noch immer nicht beantwortet wurde.

Antrag

Die Verwaltung wird aufgefordert

1. die Geibelstraße im Vorbehaltsstraßennetz der Stadt Hannover zu belassen,

2. mit der Sanierung baldmöglichst zu beginnen,

3. ihrer Verkehrssicherungspflicht nachzukommen und die Rad- und Fußwege unverzüglich in einen verkehrssicheren Zustand zu versetzen (indem Schlaglöcher geschlossen werden, Fahrbahnunebenheiten (zwischen Rad- und Fußwegen) ausgeglichen werden (zur Vermeidung von Pfützen) und ggf. die Fahrbahnbeläge der Radwege aufeinander abzustimmen bzw. in voller Breite wieder herzustellen.

4. Getrennte Abstimmung:

5. Punkt 1: 10 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen,

6. Punkt 2 und 3: Einstimmig

7. **TOP 9.**

8. **EIGENE MITTEL des Integrationsbeirates**

9. **TOP 9.1.**

10. **Zuwendung auf Vorschlag des Integrationsbeirates Südstadt-Bult**

11. **(Drucks. Nr. 15-2569/2023)**

12. Antrag,

aus Mitteln des Integrationsbeirates Südstadt-Bult folgende Zuwendung zu gewähren:

Empfänger: **Flüchtlingswohnheim**

	Janusz-Korczak-Allee e.V.
Zuwendungsbetrag:	**860,- €**
Verwendungszweck:	**Neujahrsfest**
	Zuwendungsantrag IB-05-2023

Einstimmig

TOP 10.
EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates

TOP 10.1.
Zuwendungen aus den eigenen Mitteln des Stadtbezirksrats Südstadt-Bult
(Drucks. Nr. 15-2567/2023)

Antrag

Der Stadtbezirksrat bewilligt aus seinen Haushaltsmitteln nachstehend aufgeführte Zuwendungen:

Antrag 27-2023
Für das ökologische Sonderprogramm zur Sanierung von Spielplätzen und hier für das Projekt Spielplatz Südbahnhof (aus 2022) werden 10.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

TOP 10.2.
Zuwendungen aus eigenen Mitteln des Stadtbezirksrates Südstadt-Bult
(Drucks. Nr. 15-2570/2023)

Antrag

Der Stadtbezirksrat bewilligt aus seinen Haushaltsmitteln nachstehend aufgeführte Zuwendungen:

Antrag 28-2023
Der Waldorfkindergarten am Maschsee erhält für sein Gebäude bis zu 3.000,- EUR für die Verbesserung der Beleuchtungssituation aus dem Finanzhaushalt.

Antrag 29-2023
Tanke e.V. erhält für die Ausstellungen „Home Repair“ bis zu 3.000,- EUR aus dem Ergebnishaushalt.

Antrag 30-2023
Die Südstadt Kirchengemeinde erhält für die Anschaffung von Roll-/Klappstischen bis zu 1.500,- EUR aus dem Ergebnishaushalt.

Antrag 31-2023
Der M3 Minis Kita e.V. erhält bis zu 1.999,- EUR für die Anschaffung eines Krippenwagens aus dem Finanzhaushalt.

Die Zuwendungsempfänger*innen haben bei der Verwendung und Abrechnung der Mittel

nach den geltenden Zuwendungsbestimmungen des Bezirksrates zu handeln.

Einstimmig

Für das Protokoll:

E. MEESE Bezirksbürgermeister	G. SELIG Protokollführer